

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

18.6.1930 (No. 140)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. U. Mend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM... Druck- und Verlagsanstalt: Badischer Staatsanzeiger

Die Deckungsvorlagen im Reichsratsausschuss

Ausführungen des Reichsfinanzministers... Der Reichsratsausschuss begann heute mit der Generaldebatte über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung...

Hilfsmassnahmen für den Westen und Osten

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag einen Ergänzungsetat für 1930 vorgelegt, der insbesondere die Auswirkung von Hilfsmassnahmen für die durch die neue Grenzziehung und die lange Besatzungsdauer betroffenen Gebiete des Westens und Ostens enthält.

Ein Brief der Wirtschaftspartei zur Arbeitslosenversicherung

Die Wirtschaftspartei richtete an den Reichsanwalt ein Schreiben, in dem sie fordert, daß neue Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung neben einer grundlegenden Reform durch Abträge an anderen Stellen des Etats, nicht aber durch Erhöhung der steuerlichen Belastungen aufgebracht werden dürfen.

Der österreichische Handelsminister, Gainsch, ist zurückgetreten

Der österreichische Entwaffnungsgesetz wurde im Nationalrat in 3. Lesung angenommen.

Hinrichtung dreier Araber in Palästina. Drei Araber, die im Zusammenhang mit den Unruhen in Hebron zum Tode verurteilt worden waren, sind am Dienstag in Jerusalem durch den Strang hingerichtet worden.

Neuer Kampf in Chicago?

W.D. New York, 18. Juni. (Tel.) Schmelling fuhr mit elf Freunden im Flugzeug nach Endicott zu einem kurzen Besuch. Nach einer Meldung der Associated Press aus Chicago wird dort erwogen, das Soldier-Field-Stadion für einen neuen Boxkampf zwischen Schmelling und Scharley zur Verfügung zu stellen.

Letzte Nachrichten

Vor dem Rücktritt Moldenhauers

Morgen wichtige Kabinettsitzung... Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wird am Freitag mit dieser Angelegenheit befaßt. Dr. Moldenhauer hat die Absicht, sich am Freitagabend zu einem Erholungsurlaub bereitzustellen.

Die Reden Mussolinis

Der Pariser Korrespondent der 'Morningpost' meldet: Es besteht Grund zur Annahme, daß der gestrige Besuch des britischen Botschafters bei Mussolini eine Besprechung der Lage galt, die durch Mussolinis letzte Rede entstanden ist.

Französischer Rüstungskredit

Pariser, 18. Juni. (Tel.) Auf Grund der gestrigen Beratungen des Unterausschusses für die finanzielle Seite der nationalen Verteidigung, an denen neben dem Kriegs- und Wirtschaftsminister auch der Marineminister teilnahmen, plant die Regierung, wie 'Echo de Paris' wissen will, einen Zinsanleihe von einer Milliarde Franken für die nationale Verteidigung bei der Kammer zu beantragen.

Das englische Arbeitslosenproblem

London, 18. Juni. (Tel.) Im Unterhaus wird es nach Ansicht politischer Kreise heute voraussichtlich wieder zu einer Debatte über die Arbeitslosenfrage kommen. 'Daily Herald' zufolge hat die Regierung die konservativen und die liberale Partei eingeladen, an einer gemeinsamen Konferenz über das Problem teilzunehmen.

Nicht Pariser Kommunisten verurteilt

Das Pariser Strafgericht verurteilte wegen revolutionärer Flugchriften, in denen Militärpersonen zum Ungehorsam aufgefordert wurden, vier Kommunisten, die zur Verhandlung erschienen waren, zu 8 Monaten Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafen.

\*Neue Auswege

Parker Gilberts Bericht

Wie jetzt aus Berlin gemeldet wird, will das Reichskabinett zunächst alles versuchen, um seine Deckungsvorlagen im Reichstag durchzubringen, eventuell um den Preis gewisser Abänderungen. Man sehe die Meinungsverschiedenheiten mit den Parteien nicht für so gefährlich an, als daß nicht eine Einigung möglich wäre.

Wie dringend notwendig die Sanierung der öffentlichen Finanzen

Wie dringend notwendig die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Wiederanrufung der Wirtschaft ist, ergibt sich von neuem aus dem Schlussbericht, den der Reparationsagent Parker Gilbert dieser Tage erstattet hat. Mit diesem Bericht verabschiedet er sich gewissermaßen vom deutschen Volke.

Was er unserer öffentlichen Finanzwirtschaft vorwirft

Was er unserer öffentlichen Finanzwirtschaft vorwirft, ist folgendes: es habe die Entschlossenheit gefehlt, die Ausgaben zu überwachern und sie sorgfältig innerhalb der Schranken des verfügbaren Einkommens zu halten. Das Ergebnis sei eine lange Reihe von Etatdefiziten gewesen, die im letzten Jahre einen Zustand großer Spannung in den öffentlichen Finanzen erzeugt habe, und die jetzt sehr ernsthaft die Lasten der deutschen Wirtschaft vermehren, gerade zu dem Zeitpunkt, wo sie am meisten der Freiheit bedürfe, sich den neuen Bedingungen anzupassen.

Gefordert wird von dem Reparationsagenten eine sparsame und eine überblickliche Finanzpolitik

Gefordert wird von dem Reparationsagenten eine sparsame und eine überblickliche Finanzpolitik. Steuererhöhungen würden im Augenblick nicht ganz zu umgehen sein, aber in erster Linie müsse sich die Aufmerksamkeit auf das Problem der Begrenzung der öffentlichen Ausgaben richten. Dieses Problem könne nur durch entschlossene Befolgung gesunder Finanzgrundsätze gelöst werden.

# Badische Schulfragen

VII.

## Zur Schriftfrage

Von Oberregierungsrat Dr. Heidelberg, Karlsruhe.

Die bereits vor dem Weltkriege vorhandene Schriftreformbewegung ist in den letzten Jahren stärker in die Erscheinung getreten. Sie wendet sich gegen die Normalschriften und zielt auf eine Schriftkultur auf natürlichen Voraussetzungen ab.

Auch unsere badische Normalschrift ist eine Zwangsschrift. Die vorgeschriebenen Alphabete stellen erstrebenswerte Idealtypen dar. Geschrieben wird die Normalschrift mit der Spitzfeder, die so gehalten werden muß, daß die Spitzen gleichmäßig über die Schreibfläche geführt werden. Der Handrücken des Schreibers weist nach oben. Das obere Ende des Federhalters zeigt nach dem rechten Ohr. In dieser gezwungenen, oft verkämpften Hand- und Federhaltung ist zu schreiben, und dabei noch schwierige Innenarbeit zu leisten: Keilstriche, Flammenstriche, Klippen stellen an das Kind beim Schreiben erhebliche Anforderungen. Die Federhaltung bedingt, daß vom Schreiber der Kopf nach links geneigt wird, damit die Schriftzüge mit den Augen verfolgt werden können. Dadurch werden nicht nur die Augen des Kindes geschädigt, sondern es wird auch der Nacken- und Rückenverkrümmung Vorschub geleistet. Beanstandet werden weiter die Größenverhältnisse der einzelnen Buchstaben zueinander. Die Größen z. B. der deutschen Kleinbuchstaben n, t, h verhalten sich wie 1:3:5. Außerdem sind die Linienabstände für unsere Schreibanfänger zu weit, so daß es ihnen sehr schwer fällt, mit der kleinen Kinderhand in gezwungener Haltung zügig zu schreiben und dabei ständig auf das wechselvolle Spiel der Druckverteilung zu achten. Da der Schüler, sowie er unbeobachtet ist, naturgemäß danach strebt, die Zwangshaltung der Hand aufzugeben, sind die technischen Voraussetzungen für ein erfreuliches Schriftergebnis erheblich gefährdet. In der Tat haben die Klagen über die schlechten Schriften der Schüler seit der Einführung unserer Normalschrift nie aufgehört.

In welcher Weise können die bestehenden Mißstände beseitigt werden? Zu fordern ist eine natürliche Handhaltung. Die Hand wird so auf die Schreibfläche gelegt, daß der Handrücken nach rechts oben weist. Bei dieser natürlichen Handhaltung ist die Spitzfeder nicht zu gebrauchen, weil die Feder nicht ordnungsgemäß aufgesetzt werden können. Zu der natürlichen Handhaltung gehört eine handgemäße Feder. Es empfiehlt sich, dem Schreibanfänger nach den vorbereiteten Übungen mit Milchgrißel, Bleistift oder Dunststift die sogenannte Schnurzugfeder in die Hand zu geben, eine Feder, die, mit einer abgestumpften Spitze versehen, ohne Druckanwendung einen stets gleichmäßig starken Schriftzug ergibt. Das Spiel der Druckverteilung fällt, das Schreibenlernen wird wesentlich erleichtert. Späterhin tritt an die Stelle der Schnurzugfeder eine Dreitantfeder, die Feder mit links- oder rechts abgechrägter Spitze. Schülern, deren Handrücken stark nach rechts zeigt, ist die rechts abgechrägte Feder, deren Handrücken mehr nach oben weist, die links abgechrägte Feder zu geben. Auf diese Weise ist für jeden Schüler die handgemäße Feder auszuwählen. Die Dreitantfeder ergibt beim Aufschrift die größte Breite, ohne daß ein Druck erforderlich ist, beim Aufschrift den dünnen Zug und beim Übergang von dünnen und breiten Strichen den Schwellzug, rein handwerksgemäß als Folge der Abchrägung.

Die beanstandeten Größenverhältnisse der Buchstaben sind zu beseitigen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Drittelung in den meisten Fällen als naturgemäß angesehen werden muß. Die Buchstabenhöhen von n, t und h sind daher auf das Verhältnis 1:2:3 zu bringen. Die Grundbuchstaben treten dadurch deutlicher in die Erscheinung, während die Ober- und Unterlängen gelindert werden.

Mit der Beseitigung der Spitzfeder, mit der Zulassung der natürlichen Handhaltung und der handgemäßen Feder und mit der Einführung der Drittelung fällt die badische Normalschrift. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der am 4. April 1929 in Karlsruhe stattgehabten Konferenz über die Neugestaltung des Schreibunterrichts vertrat die Auffassung, daß die bezeichneten Neuerungen durchgeführt werden sollen. Dies könnte geschehen, indem man die badischen Normalschriftformen von überlebtem Bierat befreit und sie als Ausgangsformen der Neugestaltung des Schreibunterrichts zugrunde legt. Obwohl einzelne Länder bereits Sonderregelungen für das Schreiben getroffen haben, ist bei den kleinen Verhältnissen in Baden einer ausschließlich territorialen Regelung nicht das Wort zu reden.

Die badische Unterrichtsverwaltung stellte im Oktober 1928 beim Reichsausschuß für das Unterrichtswesen den Antrag, die Schriftfrage, die alle deutschen Volksgenossen angeht, durch Reichsregelung zu lösen. Unterm 22. Juni 1929 hat der Herr Reichsminister des Innern mitgeteilt, daß es ihm zweifelhaft erscheine, ob die Erörterung der Schriftreform im Ausschuß ein praktisches Ergebnis erwarten ließe. Nach den angestellten Erhebungen und auf Grund persönlicher Einsichtnahme in die Verhältnisse in Norddeutschland erscheint es ausgeschlossen, eine Reichsregelung herbeizuführen. In Preußen wird die sogenannte Sütterlin-Schrift eingeführt, Hessen hat deren Einführung im Februar laufenden Jahres angeordnet. Braunschweig trat bereits im Jahre 1928 eine Regelung im Sinne der sogenannten Kuhlmannschen Schrift. In Württemberg werden zur Zeit noch Versuche angestellt. Bayern hält zunächst noch an der alten Normalschrift fest. Sachsen erließ im Jahre 1929 lediglich die Anordnung, daß mit Lateinschrift zu beginnen und deutsche Schrift im dritten Schuljahr zu lernen sei. Eine weitere Vorschrift wurde nicht erlassen. Eine in gleicher Weise weitgehende Freiheit besteht in Hamburg. Bei persönlicher Einsichtnahme in die Verhältnisse wurde festgestellt, daß die besten Ergebnisse mit der Sütterlin-Schreibweise erzielt wurden, und daß die Freiheit in Sachsen und in Hamburg, wo die Kinder die Schrift teilweise selbst aus der römischen Steinschrift entwickeln und finden sollen, dazu geführt hat, daß eine Schriftverwilderung ohne gleichen in die Erscheinung trat. So kam es, daß die Lehrerkonferenzen daran gehen mußten, in den einzelnen Schulhäusern bestimmte

Schuldressur treiben sollte. In Erziehungsfragen müsse Toleranz das oberste Gesetz sein.

Hg. Dr. Strathmann (Dnl.) sagte: Die gegenüber den thüringischen Schulgeboten ausgesprochene religiöse Kritik sei nicht von der Hand zu weisen. Etwas anderes sei es, ob man damit den Staatsgerichtshof beschäftigen solle. Richtiger wäre der Erlass eines freiheitlichen, dem Willen der christlichen Elternschaft Rechnung tragenden Schulgesetzes.

Das Sperrgesetz. In der gestrigen Sitzung des Reichslabinetts kamen auch Finanzfragen zur Erörterung, und zwar besonders das Ausgabensenkungsgesetz; es sei ins Auge gefaßt worden, das sogenannte Sperrgesetz vorweg verabschieden zu lassen, das den Ländern und den Gemeinden verbietet, ihre Beamten höher zu besolden, als die entsprechenden Kategorien der Reichsbeamten.

quellen versiegen und die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Frage gestellt werde.

Das Reich selbst habe mit am schlimmsten gegen den Grundsatz gestimmt, den das Finanzministerium in der Begründung zum Etat 1929 aufgestellt habe, daß nämlich alle Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sein müßten. Zweitens habe es die Regierung Jahr für Jahr unterlassen, die oft angekündigten Reformen durchzuführen, die sie selbst für einen gesunden Aufbau des Etats als notwendig anerkannt habe. Der Finanzausgleich, die Verwaltungsreform und die Reform der Arbeitslosenversicherung seien nicht entschlossen genug in Angriff genommen worden, und wenn man auch die Schwierigkeiten besonders bei dem letzten Problem anerkennen müsse, so sei doch festzustellen, daß sich die Regierung durch ihre bisherige Passivität neue Schwierigkeiten geschaffen habe. Drittens sei es in den letzten fünf Jahren eine beliebige Gepflogenheit geworden, durch Gesetz oder Verordnung neue Maßnahmen zu treffen, ohne ihre finanziellen Auswirkungen angemessen zu berücksichtigen.

Solche Maßnahmen werden bald zur Quelle von Anprüchen, die die Regierung nur ungern bekämpfe, obwohl ihre Wirkungen für den Haushalt drückend seien. Einer der schlimmsten Fälle dieser Art sei die Besoldungserhöhung von 1927 gewesen. Ihre Kosten, die in Wirklichkeit weit über die ursprünglichen Berechnungen hinausgegangen seien, hätten sich als einer der stärksten Faktoren für die ständige Steigerung des Ausgabenniveaus erwiesen. Aber auch wenn bei solchen Maßnahmen die ungünstigen finanziellen Folgen nicht mehr zu übersehen seien, halte man so stark an der Theorie der Zwangsläufigkeit der Ausgaben fest, daß nichts zur Korrektur gelte.

Viertens sei das Budget als Ganzes, wenn es vor den Reichstag komme, immer noch in solches Dunkel gehüllt, daß die heilsamen Hemmungen ausblieben, die sonst von der Öffentlichkeit und vom Parlament zu erwarten wären. Das Parlament erhalte ein klares Bild der Lage erst dann, wenn die Ausgaben bereits vollzogen und das Defizit entstanden sei.

Das sind im wesentlichen die kritischen Gedankengänge im Bericht des Reparationsagenten. Eine herbere Kritik an der öffentlichen Finanzpolitik eines Volkes kann eigentlich nicht gut geübt werden. Und es wäre sehr töricht, wenn man diese Kritik nur deshalb ablehnen wollte, weil sie von jemandem geübt wird, der dazu gar nicht offiziell befugt war. Wir müssen aus der Kritik des Reparationsagenten lernen, und es muß sich ein Reichsfinanzminister und eine Parlamentsmehrheit finden, welche all die Schäden, die hier jetzt wieder einmal aufgezeigt werden, beseitigt.

Wir haben an dieser Stelle vor einiger Zeit eine Artikelserie aus dem „Volksfreund“ abgedruckt, in welcher ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sehr eingehend und mit sehr guter Sachkenntnis unsern Etat unter die kritische Lupe nahm und dabei Methoden charakterisierte, wie sie eigentlich in einem ordentlichen Staatswesen nicht vorkommen sollten. Die Öffentlichkeit begrüßt in dem neuen Reichstanzler einen Mann, der entschlossen ist, Ordnung in ein Durcheinander zu bringen, das uns je länger je mehr zu ruinieren droht und unsern Kredit nach außen in moralischer, finanzieller und politischer Beziehung gewiß nicht förderlich ist. Dr. Brüning verdient in dieser seiner Arbeit die Unterstützung des ganzen Volkes. Denn auch der Erfolg seiner Tätigkeit wird dem ganzen Volke zugute kommen.

## Aussprache im Reichstag

### Wirth gegen Frit

Im Reichstag kam es am Dienstag zu einer Debatte über die Betätigung des Nationalismus im Staate. Sie entwickelte sich dabei zu einer ganz lebhaften Redebachtel.

Zweimal unterbrach der Innenminister Dr. Wirth den nationalsozialistischen thüringischen Minister Frit, der als Vertreter der Nationalsozialisten sprach, um kurze, forzierende Zwischenbemerkungen zu machen. Mehrmals ließ sich der Minister von Abgeordneten, so einmal von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Spahn, ohne jede Beschränkung, unterbrechen, als sie ihm längere Fragen stellten oder Bemerkungen einlegten wollten. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, also der ganzen bürgerlichen Mitte, lehnten den Nationalsozialismus, seine Methoden, seinen Charakter und seine Grundzüge als undiskutierbar ab. Der volksparteiliche Abgeordnete v. Kardoff verwarf das Parteienbündnis in Thüringen. Nationalsozialisten gehörten nach ihrer politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenstellen.

Der Nationalsozialist Dr. Frit erklärte, seine Partei strebe keine gewaltsame Verfassungsänderung an, und die Schulgebete seien keine Gebete, sondern Freiheitsgebete. Mit der „kommenden völkischen Revolution“ sei eine geistige Revolution gemeint. Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte, unter allen Umständen die Staatsautorität auch gegen den Nationalismus sichern zu wollen, gleichviel, ob sich seine Angriffe auf das kulturelle und religiöse Leben, auf die Reichswehr oder auf die staatlichen Machtmittel in der Polizei erstreckten.

Die heutige Mittwochsitzung begann bereits um 10 Uhr. Hg. Dr. Wofes (Sog.) beschäftigte sich mit dem Rindersterben in Lübeck. Der verantwortliche Arzt, Dr. Deyde, hat alle noch in seinem Besitz befindlichen Kulturen vernichtet. Das nennt man Vernichtung des wichtigsten Beweismittels sofort nach der Tat.

Hg. Dr. Kunkel (D. Vp.) verlangt, der Staat dürfe seine Hobeit in der Schulfrage nicht irgendeiner anderen Instanz preisgeben. Wir müssen endlich in der Schulgesetzgebung vorantreten. Dr. Wirth habe geäußert, daß er im Gegensatz zur Zentrumsmehrheit wenigstens Verständnis für liberale Gedanken habe. Er wäre darum der geeignete Mann zur Durchführung eines Reichsschulgesetzes, das einen Ausgleich der kulturpolitischen Gegensätze schaffe. Der Fritsche Erlass sei auch deshalb abzulehnen, weil man in Fragen des Gebotes keine

Nichtalphabete, die beachtet werden sollen, festzulegen. Einer solchen Regelung, die unter der Flagge der Freiheit und des Arbeitsschulgedankens segelt, kann in keiner Weise das Wort geredet werden.

Es erscheint erforderlich, eine bestimmte Schriftform als Ausgangsschrift festzulegen, aus der das Kind in den oberen Schuljahren schon seine eigene, persönliche Schrift entwickeln darf. Als solche Ausgangsschrift kommt meines Erachtens die Sütterlin-Schreibmaschine in Betracht, nicht zuletzt deshalb, weil die große Mehrheit der deutschen Schulkinder diese Schrift in Zukunft schreiben wird. Auch in Sachsen und Hamburg gewinnt die Sütterlin-Schrift zusehends an Boden. Sie entspricht den Anforderungen, die wir im Zeitalter der Sachlichkeit an eine natürliche Schriftkultur stellen. Die Änderung einzelner Formen kann dabei den Vorschlägen einer besonderen Sachverständigenkonferenz vorbehalten bleiben. Im ganzen sind die Buchstaben von unnötigem Beiwerk befreit. Der Schriftzug läßt sich unter Vermeidung von hemmenden Abbiegen schreiben. Mit wenigen Ausnahmen können fast alle Buchstaben in einem Zuge geschrieben werden. Das Schriftbild zeichnet sich durch Weite, Offenheit und Klarheit aus und erzielt eine gute Flächenwirkung. Die Sütterlin-Schrift ist eine Steilschrift, die — der Natur des Kindes entsprechend — im wesentlichen mit den sich bewegenden Fingern geschrieben wird, während die Normalschrift fast ausschließlich mit dem Handgelenk zu schreiben ist. Bei flüssigem, geübtem Schreiben kann sich späterhin ungehindert eine Schrift mit leichter Rechtsneigung entwickeln.

In Baden sind zunächst an Stadtschulen und sodann auch auf dem Lande Versuche mit der Sütterlin-Schreibweise angestellt worden. Sie ergaben, in Bestätigung der in anderen Ländern gemachten Erfahrungen, daß die neue Schrift erheblich rascher und leichter gelernt wird, daß den Kindern qualvolle Stunden beim Schreibenlernen erspart werden, und daß die Erfolge im Vergleich zu den bei der Normalschrift erzielten durchweg erfreulich sind. Schlechtgeschrieben gibt es so gut wie nicht mehr. Ausgesprochene Schlechtreiber der badischen Normalschrift konnten nach der Umstellung zu einer annehmbaren Schreibweise gebracht werden. Aus den vorliegenden Schriftproben kann die Bestätigung dieser Feststellungen ohne weiteres ersehen werden.

Die Erfahrungen in anderen Ländern und die Schriftversuche in Baden haben dazu geführt, auch zu prüfen, ob nicht — ausgehend von der römischen Steinschrift — zunächst mit Lateinschrift begonnen und die deutsche Schrift erst etwa im dritten Schuljahr als zweite Schrift eingeführt werden soll. Wer diesen Weg, der der historischen Schriftentwicklung entsprechender erscheint, empfiehlt, kann geltend machen, daß die Kinder oft schon im vorerschulischen Alter die römischen Steinschriftbuchstaben kennen und spielend lernen, und daß die lateinische Lautschrift sich leicht aus der Minuskelschrift entwickeln lasse. Wenn lediglich Kinder aus städtischen Schulen in Betracht kämen, würde es sich ohne weiteres empfehlen, diesen Weg zu geben. Die Erfahrungen in Baden ergaben indessen, daß die Schüler an einfachen (zweilassigen oder mehrklassigen nicht ausgebauten) Landtschulen im Schreiben der Lateinschrift lange nicht die Fertigkeit und Schriftflüssigkeit erlangen, wie das wünschenswert erscheint. Es wird die hierfür verfügbare Unterrichtszeit beinahe restlos benötigt, um die Schüler einermäßen zur Beherrschung der deutschen Schrift zu bringen. Dabei bleibt die Lateinschrift häufig auf das Schönschreiben, auf Gestaltstücken oder Gläubwunschschriften und Ähnliches beschränkt. Ein Schüler einer zweilassigen Landtschule wird in der Regel schon des Schreibens wegen nicht imstande sein, die bisherige Aufnahmeprüfung in eine höhere Schule zu bestehen, soweit Fertigkeit im Lateinschreiben verlangt wird. Mit anderen Worten: Wenn die deutsche Schrift erst als zweite Schrift gelernt wird, besteht an den Landtschulen die Gefahr, daß sie in die Nebenbedeutung gedrängt wird, in der sich die Lateinschrift auf dem Lande heute befindet. Da die Zeit zum Übergang zur Einheitschrift in Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht gekommen ist, wird die Neugestaltung des Schreibunterrichts in Baden mit Rücksicht auf die Landtschulen wie bisher auch in Zukunft mit der deutschen Schrift als erster Schrift rechnen müssen.

Die Verhältnisse in Baden drängen auf eine möglichst baldige Regelung. Die Anträge wegen Einführung der Sütterlin-Schreibweise mehren sich. Die zahlreichen Versuchsklassen in Stadt und Land erleiden eine Schädigung beim Lehrwechsel. Schüler aus Sütterlin-Klassen erleben Schwierigkeiten, wenn sie in Normalschriftklassen kommen. Schwierigkeiten ergeben sich auch an den höheren Schulen, die mit Schülern mit verschiedener Schriftvorbildung rechnen müssen, obwohl die Unterrichtsverwaltung unterm 18. Februar 1929 angeordnet hat, daß denjenigen Schülern, welche die Sütterlin-Schreibweise gelernt haben, nach etwaigem Eintritt in eine andere Klasse oder Schule die Beibehaltung ihrer Schreibweise zu gestatten ist.

Eine Regelung ist weiter erwünscht, weil die Feder-, die Schiefertafel- und Heftefabriken, die in Erwartung einer Neugestaltung mit der Herstellung der bisher üblichen Federn, Tafeln und Hefte ständig zurückhalten, aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Entscheidung drängen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Fibeln. Die Unterrichtsverwaltung wird auf sich an der Schriftreform interessierten Wirtschaftskreise weitgehend Rücksicht nehmen und eine entsprechende Übergangszeit vorsehen müssen. Auf Grund von Verfügungen des Herrn Unterrichtsministers sind die früheren Heftliniaturen 1 und 2 und die Schiefertafeln mit 5 und 6 Doppelreihen nach Aufbrauch als ausgeschieden zu betrachten. (Verlautbarung vom 10. August 1929, Amtsblatt Seite 125, und vom 30. Oktober 1929, Amtsblatt Seite 177.) Weitere in gleicher Linie liegende Anordnungen werden folgen müssen.

Hiernach ist der Vorschlag berechtigt, es möge in Bälde die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die Neugestaltung des Schreibens in Baden unter Zugrundelegung der Sütterlin-Schreibweise in die Wege zu leiten.

## Vorarlbergfahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Dienstagabend nach zehntündiger Schweizerfahrt um 5.55 Uhr in Friedrichs-wieder landete, ist am heutigen Mittwoch, morgens 4.47 Uhr, unter Führung von Kapitän Lehmann zu der geplanten Charterfahrt des Automobillubs von Vorarlberg aufgestiegen. An Bord befanden sich 85 Passagiere, die sämtlich Mitglieder des Österreichischen Automobillubs sind.

Die Rückkehr erfolgte heute morgen 8.35 Uhr. Die Fahrt führte von Friedrichshafen nach Wengen, Sonthofen, Oberdorf, Dornbirn, Arzlberg und Sargans zurück nach Friedrichshafen.

Da in der letzten Nacht in Lübeck wiederum ein Säugling gestorben ist, erhöht sich die Todesziffer auf 41.

# Badischer Teil

## Der Fremdenverkehr in Baden im Monat Mai

Infolge der regnerischen, ungünstigen Witterung blieb der Fremdenverkehr im Monat Mai hinter den gehegten Erwartungen etwas zurück. Immerhin betrug nach den vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts die Gesamtzahl der angekommenen Fremden in 245 Berichtsgemeinden über 180 000 Fremde. Gegenüber dem April sind dies rund 40 000 Fremde mehr. Auf die Ausländer treffen 14 259 angekommene Fremde (im Vormonat 8961).

Für die Aufenthaltsdauer der Fremden sind insgesamt 339 657 (April 198 517) Übernachtungen gemeldet worden; auf die Ausländer entfallen hiervon 21 362 Übernachtungen (im Vormonat 8988).

## Zum Bekenntnisstand der evangelischen Kirche in Baden

Wie der Evangelische Pressedienst mitteilt, hatte die offizielle Erklärung des Herrn Kirchenpräsidenten D. Wirth über den Bekenntnisstand der evangelischen Landeskirche in Baden, welche er in der 8. Sitzung der Evangelischen Landesynode kundgab, folgenden Wortlaut:

Von liberaler Seite wurde der bereits mitgeteilte Antrag gestellt:

„Das Bekenntnis unserer Kirche bei Taufe und Konfirmation ist das apostolische Glaubensbekenntnis. Jedoch soll der Gebrauch desselben in evangelischer Freiheit und unter Schonung des Gewissens sowohl des Geistlichen als der Gemeindeglieder gehandhabt werden.“

Die Kirchenregierung konnte sich diesen Satz zu eigen machen, und ich habe in ihrem Namen der Synode dazu folgende Erklärung abgegeben: „Es ist dadurch ausdrücklich gesagt, daß am bisherigen Bekenntnisstand unserer Landeskirche nichts geändert wird. Damit ist die Gemeinde geschützt gegen schrankenlose Willkür oder den sogenannten Lehrradikalismus des Geistlichen. Aber auch dem Geistlichen ist evangelische Freiheit b. h. Schonung seines Gewissens zugesichert innerhalb der bisherigen Grenzen, um so mehr als unsere kirchliche Gesetzgebung einen Lehrprozeß nicht kennt. Wo sich aber in Sachen des Bekenntnisses Schwierigkeiten ergeben zwischen einem Geistlichen und seiner Gemeinde und dadurch mit seiner Kirche, sind vom Oberkirchenrat zunächst alle Möglichkeiten seelsorgerlicher Wege zur Lösung des Konfliktes im Sinne evangelischer Freiheit auszuschöpfen. Der Kirchenregierung ist rechtzeitig davon Mitteilung zu machen. Führen diese Wege nicht zu einem befriedigenden Ziele, so wird, wenn die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen dafür vorliegen, Anwendung des Dienstgesetzes, im äußersten Falle des Ruhestandsgesetzes in Erwägung zu ziehen sein.“

Damit ist nach der einen Seite der Bekenntnisstand unserer Kirche festgehalten, nach der anderen Seite die gewissenmäßige Freiheit der Gemeindeglieder und des einzelnen Geistlichen ohne Disziplinierung gesichert.“

Die Evang. Landesynode hat am Montag ihre Arbeiten beendet, nachdem noch einem Antrag zugestimmt worden war, demzufolge der Oberkirchenrat die Frage nach einer organischen Verringerung der Abgeordnetenzahl prüfen und der nächsten Synode darüber Vorlage machen soll.

## Verein der höheren Verwaltungsbeamten Badens

Am Sonntag, den 15. Juni 1930, fand in Heidelberg die diesjährige Hauptversammlung des Vereins der höheren Verwaltungsbeamten Badens statt. Erfreulicherweise war der Besuch recht zahlreich, was auf reges Interesse der Mitglieder an dem Verein schließen läßt. Auch Herr Oberregierungsrat Dr. Kubner vom bayerischen und Herr Oberregierungsrat Walländer vom württembergischen Bruderverein hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende, Herr Oberverwaltungsgerichtsrat Kohlmeier, gab zunächst einen interessanten Tätigkeitsbericht über das verlossene Vereinsjahr. Den Rechnungsbericht erstattete Herr Landrat Schuch aus Lahr. Am Schlusse der Tagung hielt Herr Oberregierungsrat Walz vom Ministerium des Innern einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über Wahlrechtsreform im Reich, Land und Gemeinde. Nach Schluß des geschäftlichen Teiles der Tagung blieben die Teilnehmer noch einige Stunden gemütlich beisammen.

## Die Schädlingsbekämpfung im Rebbau

Das Badische Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Wie wir voraussetzten, ist ein starker Peronosporausbruch vom 10. bis 15. Juni fast in allen Weinbaugebieten an nicht sachgemäß oder zu falschen Zeitpunkten gesprühten Reben, an Blättern und Gescheinen festgestellt worden. Die gewitterreiche Witterung begünstigt die Ausbreitung des Pilzes. Deshalb müssen die Reben sofort nach der Blüte erneut gesprüht werden, wobei vor allem auch die Gescheine vom Spritzstrahl genügend getroffen werden müssen, damit die jungen Fruchtknoten vom Pilz nicht angefaßt werden können. Wo kein Gewürm festgestellt wurde, kann man mit Kupferbrühen spritzen, wo dagegen Gewürmer vorhanden sind, sollten auch dieser Bespritzung arsenhaltige Mittel beigegeben werden. Sobald sich Reblaus auch nur in Spuren zeigt, sofort schwefeln. — Alles Nähere ist aus den „Leitfäden für Rebschädlingsbekämpfung“ zu entnehmen, die vom Weinbauinstitut kostenlos abgegeben werden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Bei lebhafter Zufuhr trockener Ostluft herrscht auch heute morgen in ganz Deutschland hochsommerliches Wetter. Infolge der höheren Windgeschwindigkeiten erreichten die Höchsttemperaturen nicht ganz die Werte der vortäglichen (Ebene 27 Grad, Hochschwarzwald bis 17 Grad). Auch konnten Gewitterbildungen kaum zustandekommen. Weiteres Verschlagen der Druckgebilde über Mitteleuropa werden morgen die in den letzten Tagen durch kräftigen Ostwind unterbrochene Gewittertätigkeit erneut aufleben lassen. — Voraussage für 19. Juni: Abflauende Winde, schwül, gegen Abend im ganzen Lande Gewitter.

Strassen- und Bergbahn-A.G., Heidelberg. Der Aufsichtsrat der Heidelberg-Strassen- und Bergbahn, A.G., hat beschloffen, für das Geschäftsjahr 1929 keine Dividende zu bezahlen. Zwangsweise Pensionierung des Bürgermeisters von Waldorf. Der Bürgerausschuß Wiesloch hat dem einstimmigen Beschluß des Gemeinderats, den Bürgermeister Trunk mit sofortiger Wirkung in den Ruhestand zu versetzen, ebenfalls einstimmig seine Zustimmung erteilt. Der Bürgermeister Trunk, der zur Zeit in Freudenstadt weilt, ist, der „Wiesl. Ztg.“ zufolge, nahezu ein halbes Jahr dem Rathaus ferngeblieben, ohne irgendeinen Krankheitsnachweis zu erbringen.

# Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden. Monat April des Rechnungsjahres 1930 (Beträge in Tausend Reichsmark.)

	Jahresoll (Haushaltsoll)	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe	
		seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich 30. April 1930	im April 1930 zusammen
	1	2	3
<b>A. Ordentlicher Haushalt.</b>			
<b>I. Einnahmen:</b>			
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	142 355	15 773	15 773
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 783	196	196
3. Sonstige Einnahmen:			
a) Justiz	15 040	945	945
b) Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	22 897	1 260	1 260
c) Ubrige Landesverwaltung	51 980	1 642	1 642
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	239 655	19 816	19 816
<b>II. Ausgaben:</b>			
1. Justiz	22 669	1 784	1 784
2. Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	88 637	7 511	7 511
3. Wohnungswesen	5 900	—	—
4. Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung	24 822	2 056	2 056
5. Sonstige Ausgaben	91 322	5 942	5 942
Ausgaben insgesamt	233 350	17 293	17 293
Einnahmen insgesamt	239 655	19 816	19 816
Mithin Mehreinnahme	6 305	2 523	2 523

<b>B. Außerordentlicher Haushalt.</b>			
	Haushaltsoll für 2 Jahre		
I. Einnahmen:			
a) Finanzgesetz, Anleiheaufnahme für das Wohnungswesen	26 982		
b) Rest- und Administrativkredite	—		
Insgesamt	26 982	143	153
<b>II. Ausgaben:</b>			
1. Verkehrsweesen	885	21	21
2. Wohnungswesen	18 000	—	—
3. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen	19 554	621	621
4. Zuschüsse für Unternehmungen und Betriebe	195	11	11
5. Rest- und Administrativkredite	—	—	—
Ausgaben insgesamt	38 634	653	653
Einnahmen insgesamt	26 982	153	153
Mithin Mehrausgabe	11 652	500	500

Abchluß April 1930.

A. Ordentlicher Haushalt. Mehreinnahme im April 1930. . . . . 2 523 RM

B. Außerordentlicher Haushalt. Mehrausgabe im April 1930 . . . . . 500 RM

\*) Die Höhe der Rest- und Administrativkredite kann erst nach dem Rechnungsabchluß für das Rechnungsjahr 1929 angegeben werden.

\*\*) Die Istergebnisse der Rest- und Administrativkredite sind unter den Ziffern 1 bis 4 mitgehalten.

Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils voranschreitende Verteilung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlussfolgerungen auf den Abchluß der Hauptstaatsrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan auf obiger Darstellung nicht ziehen.

Karlsruhe, den 7. Juni 1930.

Der Minister der Finanzen.  
Im Auftrag: Kirchgäßner.

Dem Münsterbauverein in Freiburg i. Br. wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie erteilt. Karlsruhe, den 16. Juni 1930.

Der Minister des Innern:  
J. A. Schwarz.

Bekanntmachung.  
Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten.

Auf Grund der im Mai/Juni 1930 abgeschlossenen Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten sind für Befanden erklärt worden:  
1. In der Abteilung für Alte Sprachen:  
Kiefer, Albert, von Leipzig, Merkle, Anton, von Obereichenbach, Amt Billingen.  
2. In der Abteilung für Neuere Sprachen und Geschichte:  
Goetsch, Edgar, von Gravelotte, Geuer, Hans, von Hamburg, Kern, Dr. Maria, von Kirrmasen, Kleiner, Wilhelm, von Boppard a. Rh., Jübel, Ludwig, von Mannheim.  
3. In der Abteilung für Mathematik und Naturwissenschaften:  
Fischer, Albert, von Stodach, Müller, Alfred, von Stuttgart.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1930.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts:  
J. B. Dr. Huber

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. Juni 1930 im Lande Baden verstußt mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Mull
Lörrach	Wyllen
Müllheim	Neuenburg
Schweinepest und Schweinepneumonie:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Münzesheim, Sulzfeld
Bühl	Otterbier
Emmendingen	Teningen
Heidelberg	Heidelberg-Kirchheim, Sandhausen
Karlsruhe	Karlsruhe-Weierheim
Lahr	Lahr
Mannheim	Ladenburg, Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Wallstadt, Ebingen, Schöppingen, Eckenheim, Redarhausen, Retzsch, Schriesheim
Rosbach	Reunkröden, Jährenbach
Offenburg	Reffelried
Sinsheim	Rohrbach, Reidenstein, Sinsheim
	Walldorf

Lotterie.	
Wolfsch	Gaulsch, Kirnbach, Mühlentbach
Weinheim	Weinheim, Lühelshausen, Oberrödenbach, Sulzbach
Wertheim	Eichel, Sachsenhausen
Hände der Einzugs:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Ettlingen	Ettlingen
Heidelberg	Dossenheim-Schwabenheim
Karlsruhe	Staffort
Kehl	Kehl
Waldshut	Deßeln

Badisches Statistisches Landesamt.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:  
Die Verwaltungsinspektoren Gustav Schöber und Karl Waska bei der Landesversicherungsanstalt Baden zu Rechnungsamtl.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Berufen:  
Direktor der Oberrealschule in Kehl, Alois Mayer-Wundt, auf sein Ansuchen als Professor an das Realgymnasium I in Mannheim. Die Professoren: Friedrich Duz am Gymnasium in Wertheim an das Gymnasium in Lörrach, Robert Geuer an der Mädchenrealschule in Offenburg an die Oberrealschule daselbst, Dr. Josef Klausmann-Trenke am Realgymnasium in Waldshut an die Oberrealschule in Kehl, Josef Müller am Realgymnasium in Billingen an das Gymnasium in Offenburg, Alara von Schmitz-Kurbach an der Oberrealschule in Bühl an das Realgymnasium in Waldshut, Lothar Quenzer an der Oberrealschule in Kehl an die Oberrealschule in Lörrach, Reallehrer Karl Geink, Leiter der Bürgerschule in Randern als Reallehrer an die Oberrealschule in Lörrach.

Zur Ruhe gesetzt:  
Verwaltungsinspektorin Mathilde Sobapp beim Kreisshulamt Lörrach bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:  
Gymnasialdirektor Dr. August Casarath am Friedrichsgymnasium Freiburg auf 1. Oktober 1930, Professor Eduard Fertis am Gymnasium Durlach auf 1. Oktober 1930.

Verstorben:  
Der zur Ruhe gesetzte ordentliche Professor, Geheimrat Dr. Paul Kraffe, an der Universität Freiburg am 16. Juni 1930.

### Aus der Landeshauptstadt

Sarrasani „Revue der Welt“ in Durlach

Nachzeitig wie nicht anders zu erwarten, ist auf dem Gelände des Durlacher Dornwäldes Sarrasani's grüner Seltenspielfeld errichtet worden, pünktlich, auf die Minute, hat nun auch sein Gastspiel selbst am Dienstagabend mit einer geradezu glänzenden Premiere begonnen und eine entsprechend begeisterte Aufnahme bei den aus Karlsruhe und Durlach sehr zahlreich herbeigeströmten Besuchern gefunden. Welch einen imposanten Anblick bietet doch gleich der Aufmarsch der drei Musikkapellen in einer Gesamtschlacht von annähernd 100 Mann, und wie schneidig wissen sie unter ihrem argentinischen Maestro Cesar Sello zu spielen! Schon dabei merkt man sofort, daß sich Sarrasani wirklich bemüht, nur beste Volksunterhaltung zu vermitteln und dem alten Zirkusideal ungeahnt neuen Glanz zu geben. Und dann beginnt, wieder unter den schmetternden Klängen der drei Musikkorps, die große Parade, der Eingang seiner ob ihrer Einzigartigkeit mit Recht so berühmten Vertreter von 37 Nationen. Raum faßt der Riesensaal die vielen aufmarschierenden exotischen Menschengruppen, kaum vermag das Auge sich unter diesen äußerst interessanten ethnographischen Studienobjekten zurecht zu finden. Natürlich sind es vor allem die Indianer, die allgemeinen Staunen erregen, aber auch die Familien der Chinesen und Japaner in ihren Prachtgewändern sind größte Aufmerksamkeit ficher.

Hauptteil des Programmes von fast vierstündiger Dauer bilden, wie das zu einer richtigen zirkusförmigen Vorführung nun einmal gehört, fobann mehrfache Tierdressuren, beginnend mit der von P. Meyer-Florio vorgeleiteten Kamelschule und bei den von Kapitän Frohn gezähmten Seelwägen, wahre Tierartikeln zeigend. Mit viel Spannung verfolgt man des Weiteren die allabendlich wechselnde Raubtiergruppe; in der Eröffnungsvorstellung waren die Königstiger an der Reihe und vollführten unter dem Tierlehrer Orth Wunder der Dressur. Auch das Pferdmaterial, über das Sarrasani verfügt (200 Stück edelster Vollblüter), ist so reichhaltig, daß nur ein kleiner Teil davon bei jeder Schau in die Manege kommt. Diesmal konnte man außer einer Massendressur von nicht weniger als 20 Pferden (darunter sechs Ponys) in Georg Burkhart auf einem schönen und eleganten Fuchshengst einen Schulkreier erster Klasse bewundern.

Eine Nummer für sich, ja der Höhepunkt des ganzen Abends, ist zweifellos die von Direktor Hans Stöck-Sarrasani persönlich vorgeführte Elefantengruppe. Wie willig gehorcht diese schwerfällige Elefantenherde doch ihrem Meister aufs Wort, und zu welcher unglaublichen Kunststücke hat dieser geschickte Dompteur den einen oder anderen Dickschädel außerordentlich überfordert! Neben diesen vierbeinigen Artisten ist aber auch ein „Kotpourri in den Lüften“, ausgeführt von Mitgliedern der Truppe Marsé und Antonis am fliegenden Krapez, sowie am Hochred, eine Sensation, und nicht minder werden auch hier die geschickten japanischen Fuchsjongleure und die beweglichen Springakrobaten der Magador-Truppe starke Attraktionskraft ausüben. Jedenfalls bietet die Sarrasani-Schau so unendlich Vielseitiges, daß niemand die günstige Gelegenheit einer Besichtigung (auch ihres zoologischen Gartens und ihrer in Europa sonst noch nicht gezeigten Angehörigen der roten Rasse) veräumen sollte. Ch. S.

Ernennung. Wie wir erfahren, wurde durch Verordnung des preussischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Prof. Dr. Otto Homberger, ehemals Konseruator am Badischen Landesmuseum, zum Honorarprofessor an der Universität Marburg ernannt.

Weiterreisen der Badener. Vom deutschen Auslandsinstitut Stuttgart erhielt die Geschäftsstelle des „Badener Heimatvereins“ ein herzliches Glückwunschschröben, worin die Freude des „Museums und Instituts zur Kunde des Auslandsdeutschums“ über die Veranstaltung des Welttreffens der Badener zum Ausdruck gebracht und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß das Fest hauptsächlich auf die Auslandsbadener die nötige Anziehungskraft ausüben möge. Besondere Würdigung findet die kürzlich erschienene Festschrift, die bekanntlich vom Verlag Thiergarten herausgegeben wurde und in der ganzen Welt Verbreitung findet.

Das Uniformverbot. Vergangene Nacht wurde ein Nationalsozialist festgehalten, der gegen das Uniformverbot verstößt hat. Zwei andere Angehörige dieser Partei wurden Stiefel abgenommen. — Der Karlsruher Polizeibericht teilt mit, daß nach den angestellten Erhebungen bei der Verhaftung der Reichsbannerabteilung am Samstagabend in der Kapellenstraße auch ein Nationalsozialist beteiligt gewesen sei.

Zu dem tödlichen Unfall, den die Frau des Generalmusikdirektors Krips betroffen hat, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Frau Krips hatte die Absicht, die Mutter ihres Mannes, Frau Dr. Krips, zu deren Geburtstag am 16. Juni in Wien zu besuchen. Die junge, lebensfrohe Frau hatte, als erfahrene Autolenkerin, schon viele große Touren allein gemacht. Das Unglück ereignete sich in einer Kurve, bei deren Durchfahren sich der Wagen zweimal überschlug und Frau Krips herausgeschleudert wurde. Ein Wiener Arzt, den Frau Krips kurz vorher in scharfem Tempo überholt hatte, sah das Unglück mit an, als Frau Krips die Böschung hinuntergeschleudert wurde, wobei sie mit dem Kopf aufschlag und einen Schädelbruch erlitt. Der Arzt fand sie bereits tot. Frau Krips stammte aus Aulst, wo ihr Vater Redakteur an einem Parteiblatt ist.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 16. Juni. Frau Alice Deussheimer blüht in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit als Schriftführerin des Bundes Deutscher Frauenvereine zurück. Als sie gewählt wurde, waren dem Bund nur 193 Vereine angeschlossen, heute zählt der Bund 88 Verbände mit mehreren tausend Vereinen und 2 Millionen Einzelmitgliedern. In einem herzlichen Glückwunschartikel der Bundesvorsitzenden, Frau Emma Ender, im Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, wird das Wirken und die Persönlichkeit der Jubilarian gebührend gewürdigt.

D3. Mannheim, 17. Juni. Bei einem Wasserballspiel im Ludwigshafener Rheinbad erkrankten der 22 Jahre alte, ledige Kaufmann Jos. Zirkel und der 22 Jahre alte, ledige Dreher Gabriel Illmann.

D3. Mannheim, 17. Juni. Im 61. Lebensjahre ist Prof. Arnold Schattschneider gestorben, der im Musikleben unserer Stadt eine hervorragende Rolle spielte, und seit einem Jahrzehnt die Leitung der Mannheimer Volksingalademie inne hatte.

D3. Schwetzingen, 17. Juni. Am vergangenen Samstag haben weitere 42 Arbeiter des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Schwetzingen die Rübigung erhalten.

D3. Freiburg, 17. Juni. Im Alter von 79 Jahren starb der frühere Direktor der chirurgischen Universitätsklinik in Freiburg, Geheimrat Professor Dr. Paul Krastke. Krastke, ein bekannter Chirurg, war 36 Jahre lang bis zu seiner Zurücksetzung Direktor der chirurgischen Klinik.

### Handel und Wirtschaft

Berlin-Karlsruher-Industrie-Werke AG. in Berlin. Im Anschluß an den in einer Aufsichtsratsitzung am 5. d. M. gefassten Beschluß, durch ein Bankensortium von je 10 Aktien zu 1000 Reichsmark eine Aktie zu 1000 Reichsmark zum Preis von 100 Prozent für die Gesellschaft zu erwerben, ist beabsichtigt, den Wert des Rückkaufrechts amtlich oder im Freiverkehr zu notieren. Hierdurch wäre auch denjenigen Aktionären, die weniger wie 10 000 Reichsmark-Aktien besitzen, die Möglichkeit gegeben, von dem seitens der Verwaltung beschlossenen Aktienrückkauf zu profitieren. Die Generalversammlung, der der Aufsichtsratsbeschluß zur Genehmigung vorgelegt wird, ist zum 30. d. M. einberufen.

Ungünstiges Jahr für die Redarischifffahrt. In der Hauptversammlung der Schleppschiffahrt auf dem Neckar AG, Heilbronn, wurde der Abschluß für 1929 einstimmig genehmigt. Von dem Bruttogewinn von 22 236 M verbleibt nach Abschreibungen von 33 542 M ein Verlust von 11 305 M, der samt dem Verlust aus 1928 in Höhe von 87 035 M auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Hauptursache des negativen Abschlusses ist auf das überaus magerne Betriebsjahr zurückzuführen, das seit langem das denkbar ungünstigste gewesen ist. Frost und Jähzorn von Rhein und Neckar bewirkten ein 65tägiges Stilllegen der Schleppschiffahrt. Vom 1. August bis 13. Dezember mußte die Schiffahrt Mannheim-Heilbronn wegen niederen Wassers überhaupt eingestellt werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist im einzelnen an Betriebseinnahmen 184 645 (195 912) M und an Abschreibungen 33 542 (30 458) M aus, denen an Einnahmen Schleppschiffe mit 201 805 (183 657) M, Krageländer mit 2781 (2040) M und Rieten mit 2342 (1133) M gegenüberstehen.

Ermäßigung der Eisenpreise auch in Süddeutschland. Die Süddeutsche Eisenzentrale hat gestern ihre Listenpreise, ähnlich wie der Stahlwerksverband, heruntergesetzt. Die Preisermäßigung beträgt für Formeisen, Stabeisen und Universalstabeisen 4 Reichsmark die Tonne, für Bandstahl, Grob- und Mittelbleche 5 Reichsmark die Tonne, rückwirkend für ab 1. Juni erfolgte Verkäufe. Der Aufpreis für Siemens-Martin-Material wurde um 2 Reichsmark auf je 6 Reichsmark je Tonne ermäßigt. Die Zonenpreise sind für alle Verkäufe ab 15. Juni für Formeisen, Stabeisen und Universalstabeisen um 0,50 Reichsmark, für Bandstahl, Grob- und Mittelbleche um 0,60 Reichsmark je Tonne ermäßigt. Der Zonen-Siemens-Material-Aufpreis beträgt jetzt 0,75 Reichsmark für 100 Kilo.

Bereinigte Kugellagerfabriken AG, Berlin. Die Hauptversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß für 1929. Der Auftragsbeleg ist, wie aus dem Bericht noch nachzutragen ist, weiterhin befriedigend gewesen. Die Verteilung der Fabrikation der Produkte der Gesellschaft auf die Werke in Schweinfurt und Cannstatt sei durchgeführt. Die Übernahme der Fabrikationsquoten der stillgelegten drei Werke auf die Schweinfurter und Cannstatter Werke werde sich ab sommerlichen Herbst bemerkbar machen. Die von der Gesellschaft nach Ablauf der Konventionen vorgenommene Neufestsetzung der Preise auf Grund der Fabrikationskosten, die eine Verbilligung um durchschnittlich 10-15 Prozent mit sich geführt habe, habe die Erweiterung der Absatzmöglichkeiten von Kugellagern und Rollenlagern im Besolge gehabt. Der Export im Berichtsjahre sei im Vergleich mit dem Gesamtexport der angeschlossenen Fabriken während 1928 wesentlich gestiegen. Im neuen Jahre habe die Gesellschaft ferner das Kugellager der Berlin-Karlsruher Industriewerke AG zum Zwecke der Abwicklung und Stilllegung übernommen. Bei Beginn des neuen Geschäftsjahres arbeitete die Gesellschaft mit rund 7000 Arbeitern und Angestellten.

Meine innigst geliebte Frau

## Maria Krips

ist mir durch einen Unglücksfall jäh entrissen worden.

In tiefer Trauer

### Joseph Krips.

Die Beisetzung findet in Wien statt.

### Spar- und Waisenkasse Königheim (Öffentliche Sparkasse.)

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen.	M	Verbindlichkeiten.	M
Kassenbestand	11 298,85	Spareinlagen	393 858,29
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	42 062,64	Aufwertungsspareinlagen	232 094,65
Darlehen auf Hypotheken	114 220,—	Giro- und Kontokorrenteinlagen	30 006,60
Darlehen in laufender Rechnung an Private	75 025,—	Anleihen u. andere Schulden	14 210,—
Darlehen auf Schuldschein	178 975,49	Rücklagen:	
Darlehen an Gemeinden	15 970,—	a) gesetzl. Reservefonds	14 700,—
Grundstückskaufgelber	59 918,50	b) Sonderrücklage	13 455,33
Aufwertungsforderungen	185 522,31	Reingewinn v. Jahre 1929	9 117,64
Einnahmerückstände	18 609,72		
Grundstücke und Gebäude	14 000,—		
Verbindlichkeiten	840,—		
	716 442,51		716 442,51

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 432 864,89 M Einlagen = 21 645,— M

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 37 272,97 "

Somit mehr = 15 627,97 M

Königheim, den 15. April 1930. D. 604

Spar- und Waisenkasse Königheim (Öffentliche Sparkasse.)

Der Gemeinderat Spöck hat um Genehmigung zum Bau und zur Benützung einer Schleuse an Stelle der früheren Mühlenschleuse zum Zweck der Wiesenwässerung unter Einhaltung des gleichen Benützungsrechts und der gleichen Stauhöhe, wie dies bei der früheren Mühlenschleuse der Fall war, nachgesucht. Wir bringen dies mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem Bezirksamt Karlsruhe oder den Gemeinderäten Spöck oder Friedrichstal in der Zeit vom 20. Juni bis 5. Juli d. J. anzubringen sind, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußt gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 113 Satz 2 des Gesetzes), und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten. D. 809

Beschreibungen und Pläne des Unternehmens liegen zur Einsicht der Beteiligten beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer Nr. 26, sowie beim Gemeinderat Spöck und Friedrichstal offen.

Karlsruhe, den 13. Juni 1930. D. 3. 37

Bad. Bezirksamt III.

Lagerung feuergefährlicher Flüssigkeiten.

Die deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG. in Stuttgart beabsichtigt, auf dem Anwesen Nordbudenstraße 12 hier, Wenzin bis zu 95 000 Liter in unterirdischen Lagerbehältern dauernd zu lagern. D. 610

Etwasige Einwendungen gegen die beabsichtigte Lagerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder mündlich zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister hier anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußt gelten. Gesuch und Pläne liegen während dieser Zeit auf dem Rathaus, Zimmer 129, zur Einsichtnahme offen.

Karlsruhe, den 15. Juni 1930. D. 3. 39

Bad. Bezirksamt, Polizeidirektion B.

Das Baden im Rhein.

Das Baden im Rheinbafengebiet, im Rheinbafen, im Stiefkanal und in der Alb außerhalb der zugelassenen Baderplätze ist verboten. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren mehrere Personen an den genannten Orten ertrunken sind, wird auch jetzt wieder auf das Verbot eindringlich hingewiesen. Die Polizei ist angewiesen, Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen. D. 611

Karlsruhe, den 14. Juni 1930. D. 3. 38

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

D. 608. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Handels- und Industrie-Gesellschaft „Süd“ m. b. H. in Karlsruhe, Waldstraße 8, wurde mangels Masse eingestellt.

Karlsruhe, 28. Mai 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

bach, Mühr, Schöpfstin, Schuster, Theo Straß. Anfang 19 Ende 22

Freitag, 20. Juni \*F 28. (Freitagmiete) Td.-Gem. 1-100 und 201-300

**Zimen**

Komödie von Shaw Regie: Dr. Handgrebe

Mitwirkende: Schreiner, Seiling, Just, Kühne, Müller, Schulze, v. d. Linden, G. Renschke

Anfang 20 Ende 22

Freitag, 21. Juni: Vom Teufel geholt. So, 22. Juni: Nigolotto. Mo., 23. Juni: Die andere Seite.

DIE

# BEILAGEN

DER

## KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden  
Badischer Zentralanzeiger für Beamte  
Wissenschaft und Bildung  
Badische Kultur und Geschichte  
Badische Wohlfahrtsblätter  
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

### Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein